

INHALT

Emssperrwerk: Klage abgewiesen	S. 1
Ein Atomüllzwischenlager nach Grohnde?	S. 2
BUND-Aktion mit den Stadtwerken Hannover: Ökostrom fördern	S. 2
Lebendige Elbe	S. 3
Burg Lenzen, JANUN, Termine, Impressum	S. 4



Letzte Runde im Fall Emssperrwerk?

Europäisches Naturschutzrecht hat bisher keinen Schutz geboten

■ **Das Verwaltungsgericht (VG) Oldenburg hat am 18. Mai - nach sechs Tagen mündlicher Verhandlung im Hauptsacheverfahren - die Klage des BUND-Niedersachsen gegen den Bau des Emssperrwerkes endgültig abgewiesen. Die schriftliche Begründung des Urteils liegt noch nicht vor.**

Die mündliche Verhandlung

Der Gerichtstermin verlangte Durchhaltevermögen. Von morgens früh bis in die Abendstunden hinein wurden an den sechs Tagen in Oldenburg vielfältige und komplexe Sachverhalte behandelt: Ist das Emssperrwerk notwendig für den Küstenschutz und die Überführung von Kreuzfahrtschiffen? Wie verändern sich Salzkonzentrationen und Sauerstoffgehalt beim Aufstau der Ems? Wie ist die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) und die Beeinträchtigung des europäischen Vogelschutzgebietes durch den Bau zu werten? Vor der Verhandlung hatte der Rechtsanwalt der Meyer-Werft, die als Beigeladene am Verfahren beteiligt ist, unsere Sachverständigen alle als befangen abgelehnt und versucht, sie als voreingenommen zu diskreditieren. Die Kammer des Verwaltungsgerichts lehnte diesen Antrag ab. Dem dabei ausgehandelten Kompromiss zu Folge wurden die Experten und Gutachter des BUND lediglich als „Partei vortrag“ angehört, während der Beistand der in der Sache wirklich nicht unvoreingenommenen Planfeststellungsbehörde Bezirksregierung als „neutrale Sachverständige“ auftreten durfte. Trotzdem ist es uns gelungen, den Planfeststellungsbeschluss ins Wanken zu bringen, deshalb zog die Bezirksregierung in letzter Minute die Notbremse. Am vorletzten Tag der mündlichen Verhandlung

„heilte“ – wie es in der Amtssprache heißt – die Bezirksregierung die juristisch gefährlich gewordenen Fehler in ihrem Planfeststellungsbeschluss, indem sie einen Planänderungsbeschluss präsentierte. Andere kritische Passagen ließ die Behörde einfach aus dem Beschluss streichen und versprach, die notwendigen Regelungen im Betriebsplan festzulegen. Bis heute fehlt dieses grundlegende Dokument zum Betrieb des technische Riesensperrwerkes. So verhinderte die beklagte Behörde, dass weitere strittigen Punkte bei der Verhandlung überprüft werden konnten. Die der gerichtlichen Überprüfung unterworfenen Planfeststellungsverfahren werden auf diese Art und Weise endgültig zur Farce, weil die Behörde in aller Ruhe abwarten kann, wie das geltende Naturschutzrecht vom Gericht ausgelegt wird.

Enttäuscht hat die Umweltverbände besonders, dass das VG Oldenburg dem Europäischen Gerichtshof keine Fragen zur Vogelschutz- und FFH-RL zur Vorabentscheidung vorgelegt hat. Das Verfahren hätte sich dazu aufgrund der zahlreichen ungeklärten Rechtsfragen zur Anwendung des europäischen Naturschutzrechts angeboten. Es ist grotesk, dass nach Auffassung der Behörde und des Gerichts ein erheblicher Flächenverlust eines EU-Vogelschutzgebietes nicht als Beeinträchtigung dieses Natura-2000-Gebietes bewertet wird, nur weil die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen bereits bei der Feststellung der Beeinträchtigung gegen gerechnet werden. Die Schutzbestimmungen des europäischen Netzes Natura-2000 laufen so ins Leere.

Aller Aufwand umsonst?

Welche „Früchte“ hat die langwierige juristische Auseinandersetzung bisher gebracht? Nur durch die Klage der Umweltverbände konnte erzwungen werden, dass der Planfeststellungsbeschluss mehrfach ergänzt und geändert werden musste. Nur auf Grund der Klage wurde die Verträglichkeitsprüfung für das umfangreiche Bauvorhaben neu erstellt und zehn zusätzliche Hektar an der Ems für den Vogelschutz bereitgestellt, die als neues Vogelschutzgebiet ausgewiesen werden müssen. Die Auswirkungen im Staufall für die Schiffsüberführung konnten durch schärfere Salz- und Sauerstoffgrenzwerte in der Ems zumindest minimiert werden. Auch wenn die Wasserqualität dadurch nicht befriedigend gesichert werden konnte, so wurde aber bewirkt, dass die Salzfracht im Staufall die wertvollen Süßwasserlebensräume im Naturschutzgebiet Tunxendorfer Schleife bei Vellage nicht erreicht.

Wie geht es weiter?

Ob der BUND und die ihn unterstützenden Verbände (WWF, LBU, Waddenvereinigung, Naturmonumenten) eine Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg anstreben, entscheidet sich erst, wenn die Urteilsbegründung vorliegt. Sicher ist jedoch, dass bei einer Fortführung der Klage nicht mehr das einstige Motiv maßgeblich ist, das Emssperrwerk zu verhindern. Vielmehr wird ausschlaggebend sein, welche grundsätzlichen Ausführungen zu den Fragen des europäischen Naturschutzrechts in der Urteilsbegründung aus Oldenburg gemacht werden.

Vera Konermann

AKW Grohnde: Atomkonsens führt zu neuer Atommüllkippe

Jürgen Trittins Wahlkreis Göttingen liegt nicht weit von Grohnde an der Weser. Dort – in der südniedersächsischen Provinz – wird nach den Befürchtungen der Bürgerinitiative (BI) Weserbergland Trittins „Atomkonsens“ ein besonders langlebiges Erbe hinterlassen. Denn am Standort des 1300-Megawatt-Reaktors hat der Betreiber E.on den Bau eines so genannten dezentralen Zwischenlagers beantragt – mit dem Segen von Trittin und der gesamten Bundesregierung. Ab 2005 soll dort die Einlagerung abgebrannter Kernbrennstäbe beginnen – sobald das im Atomkonsens vorgesehene Ende der Transporte zu der Wiederaufarbeitung in Frankreich und Großbritannien in Kraft tritt. Die Einlagerung endet entgegen allen Behauptungen wohl nicht im Jahr 2017, in dem angeblich das letzte deutsche AKW die Lichter löschen soll, denn das Zwischenlager ist überdimensioniert. Möglicherweise spekuliert E.on darauf, in Grohnde als einem der jüngsten AKW einen größeren Anteil der frei verteilbaren Strommengen, die der Industrie zugestanden wurden, zu erzeugen und dafür früher andere Standorte aufzugeben.

Ginge es dagegen nach Tausenden besorgter Bürgerinnen und Bürger, würde das

AKW Grohnde spätestens im Jahr 2005 still gelegt. Sie kritisieren, dass mit den republikweit an den AKW-Standorten geplanten Zwischenlagern das ungehemmte Anwachsen des Atommüll-Berges gefördert und die Frage der sicheren Endlagerung wieder einmal auf unbestimmte Zukunft verschoben werden soll. Knapp 10.000 Einwendungen hatte es im Genehmigungsverfahren gegeben.

Am 7. Juni prallten denn auch Welten im Erörterungstermin in der Weserberglandhalle in Hameln auf einander. Besonders erobost hat die Bürgerinitiative Weserbergland dabei das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das den Termin anberaumt hatte. Das BfS tat alle durch sicherheitstechnische Mängel begründeten Risiken für Mensch und Umwelt die in den Einwendungen benannt wurden, grundsätzlich als irrelevant ab. Selbst der zentrale Kritikpunkt, wonach das Sicherheitskonzept allein auf der angenommenen Dichtigkeit der in der Praxis nicht geprüften Castorbehälter beruht, wurde nicht weiter vertieft. Der nicht stoß-, druck- und sturzgetestete CASTOR V/19, in dem die Brennstäbe zwischengelagert werden sollen, sei sicher. Die schon fast zwingend folgenden Befangenheitsanträge gegen die Bundes-

behörde wurden abgelehnt, was die EinwenderInnen schließlich in ihrer Einschätzung bestärkte, das nach dem politisch ausgehandelten Atomkonsens ein gesetzlich eigentlich vorgeschriebenes „ergebnisoffenes“ Verfahren nicht erwartet werden könne. Eine Sprecherin der BI ist empört: „Mit dieser Bagatellisierung des Sicherheitsrisikos hat die Behörde demonstriert, dass der Mensch sein Recht auf Risikoversorge verloren hat“ sagte Carolin Schmidt-Steinmeyer. Als angeblich mündiger Bürger werde man hier zu einer Marionette in einem Puppentheater, bei dem offensichtlich ganz andere die Fäden ziehen.

lit

Kontakt:

Bürgerinitiative Weserbergland gegen Castoreinlagerung am AKW Grohnde
BI-Weserbergland@gmx.de
Boris Schwitalski, Tom Jürgens
Tel. 05157/359
Fax: 05157/378

Jeden ersten Sonntag im Monat lädt die BI zu einem Sonntagsspaziergang am AKW ein, Beginn: 14.00 Uhr.



Vorgesehene Zeitreihe der Außerbetriebnahme der deutschen Atomkraftwerke gemäß „Atomkonsens“

Grafik: Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsfraktion

Stadtwerke Hannover Ökostrom für BUND-Mitglieder

Appelle allein genügen nicht! Konkrete Angebote sind nötig, um umweltgerechtes Verhalten zu fördern. Dies ist der Grundgedanke für eine Zusammenarbeit des BUND-Landesverbandes mit den Stadtwerken Hannover. Dadurch sollen in ganz Niedersachsen mehr Menschen begeistert werden für Strom aus erneuerbaren, natürlichen Quellen. Enge Kontakte des BUND mit den regionalen Energieversorgern existieren auch in Braunschweig und Hameln. Durch die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Hannover konnten bisher 50 neue Ökostromkunden gewonnen werden. Das ist dem BUND-Landesverband noch nicht genug.

Die Stadtwerke Hannover verpflichten sich, den Ökostrom aus neu errichteten Erzeugungsanlagen zusätzlich in das Stromnetz ein zu speisen und zwar mindestens in Höhe des jährlichen Verbrauchs der Ökostrom-Kunden. Er wird ausschließlich in neuen, nach dem Energieeinspeisegesetz (EEG) geförderten, Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasseanlagen erzeugt und verdrängt vor allem Atom- und Kohlestrom. Das Konzept hat auch auch kritische und unabhängigen Experten überzeugt: Seit dem 1. Juli tragen die Stadtwerke Hannover für ihr enercity & care Angebot die höchste Auszeichnung des „Grün Stromlabel e.V.“ die Plakette in Gold. Neue

Kunden, die über den BUND zu den Stadtwerken kommen, erhalten bis zum 30. September 2001 ein energiesparendes Überraschungsgeschenk.

Robert Exner

Wenn Sie am Ökostrom der Stadtwerke Hannover interessiert sind, wenden Sie sich unter Nennung des Stichworts BUND-Aktion direkt an die Stadtwerke Hannover AG: Telefon: 0511 / 430 - 1646 (Herr Kassebaum) bzw. Fax: 0511 / 430 - 2583, Vertrieb Privatkunden, Postfach 5747, 30057 Hannover



Nachlese zum BUND-Elbe-Seminar

Eine einmalige Flusslandschaft nachhaltig weiter entwickeln!

Das Schullandheim Lenzen nahe der BUND-Burg war der Ort eines hochkarätig besetzten Seminars mit dem Titel „Baggerfrust und Badelust – Auf dem Weg zu einer lebendigen Elbe“. Bei der von der Niedersächsischen Umweltstiftung geförderten Veranstaltung wies der Leiter des BUND Elbe-Projektes, Dr. Ernst Paul Dörfler, auf die einzigartige Situation in der Flusslandschaft Elbe hin: Ein halbes Jahrhundert Bauruhe an ihren Ufern habe die Elbe zum Juwel unter den Großschutzgebieten Deutschlands werden lassen. Doch sei dieser Charakter vor allem durch die „Versteinerung“ des Stromes gefährdet. Auch in diesem Jahr sollten wieder mindestens 100.000 Tonnen

Gestein in den Sandstrom verbaut werden – und in den nächsten zehn Jahren würden die Planungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht anders aussehen. Im Seminar wurden die Strombaumaßnahmen unter naturschutzfachlichen und umweltrechtlichen Aspekten, auch im internationalen Vergleich, kritisch hinterfragt.

Zum anderen ging es um die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Elblandschaft. Bessere Lebensbedingungen könnten den Fischbestand im Fluss erhöhen, was wiederum eine Stärkung regionaler Vermarktungsstrukturen im geplanten niedersächsischen Biosphärenreservat Elbetal

ermöglichen würden. Eine Vorbedingung dafür ist die Wiederherstellung der Verbindung zwischen dem Strom und seinen Altarmen.

Auch die verkehrliche Funktion spielte eine Rolle. Gütertransporte sollten in stärkerem Maße über den Elbeseitenkanal (Elbe-Erklärung von 1996!) geführt werden, und das Potential der Bahn stärker genutzt werden.

Auf einer Fahrrad-Exkursion besichtigen die TeilnehmerInnen eine rund 400 Hektar große Fläche für eine geplante Deichrückverlegung und die dort bereits vorgenommenen Auwaldanpflanzungen. Dank der sommerlichen Temperaturen wurde vor Ort ein Bad in der Elbe eingeschoben. In der Theorie – einem anschließenden Workshop – wurden die Erfahrungen dann auf ein konkretes Ziel weiter entwickelt: Am 14. Juli 2002 wird der „1. Internationale Elbe-Badetag“ stattfinden. Zum Abschluss wandten sich alle TeilnehmerInnen dagegen, die Elbe auch künftig nur als „Wasserstraße“ an zu sehen und zu nutzen. Statt dessen müssten vor allem die nachhaltigen und arbeitsplatzschaffenden Nutzungsformen voran gebracht werden..

Es hat sich eine Gruppe örtlich Aktiver gebildet, die verstärkt und öffentlichkeitswirksam gegen die geplanten weiteren Baumaßnahmen an der Elbe vorgehen will. Ansprechpartner sind Eckart Seebaß (BUND-KG Lüchow-Dannenberg), Tel. 05841/97 36 55 und Reinhart Günzel (BUND-KG Lüneburg), Tel. 04131/33 894.



Foto: G. Köthke

Blühender Wasserhahnenfuß an der Elbe bei Gorleben



Rad-Studienreise: 8 Tage durch die „Flusslandschaft Elbe“



Das Projektbüro Tourismusband Elbe in Dannenberg bietet eine Radreise der besonderen Art an: Von Lüneburg über Lauenburg, Hitzacker und Dömitz bis Wittenberge sollen 220 Kilometer in acht Tagen zurückgelegt werden. Wem das zu viel ist, kann die Reise auch etappenweise buchen. Auf dem Fahrrad, einem Ausflugsdampfer und im Großkanu reisen die Gäste bequem und ohne Gepäck durch das Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“. Gästeführer, Landwirte und ein Schäfer erwarten die Reisegruppe an verschiedenen Stationen. Sie führen die Gäste durch verträumte Fachwerkstädtchen, erklären die

Geschichte des Elbe-Urstromtals und zeigen zukunftsweisende Projekte in Sachen Ökonomie, Landwirtschaft und Energie. Die Festung Dömitz, die Filzmanufaktur in Lenzen und das Grenzlandmuseum in Schnackenburg sind Stationen auf der Studienreise. Alle angefahrenen Hotels führen das FDNF-Gütesiegel „Radfahrer willkommen“, das sie als radlerfreundliches Haus ausweist. Die Reise kann auch etappenweise gebucht werden. In den Preisen sind Übernachtung, Halbpension, Gepäcktransfer, individuell angepasste Mieträder und Führungen enthalten.

• Etappe I: 3 Tage von Lüneburg über Lauenburg nach Hitzacker zum Preis ab DM 438,- pro Person

- Etappe II: 5 Tage von Hitzacker über Dömitz nach Wittenberge zum Preis ab DM 678,- pro Person
- Die gesamte Reise kostet DM 1098,-

Reiseantritt ist am 30. September, 7. und 14. Oktober. Für Gruppen zwischen 12 und 20 Personen wird die Reise auch zu anderen Terminen arrangiert.

Information

Projektbüro Tourismusband Elbe, Rosmarienstraße 5, 29451 Dannenberg (Elbe), Tel. (05861) 80 82 52, Fax 80 82 85, e-Mail: tourismusband@elbetal.de

Reste einer slawischen Wallanlage gefunden

■ Ein sensationeller Grabungsfund hält Archäologen und Burgherren in Atem: Bei den Sanierungsarbeiten am Fundament der BUND-Burg an der Elbe wurden im Juni die Reste einer slawischen Grenzanlage entdeckt. Die freigelegte Festung war vermutlich ein bedeutendes Machtzentrum der Elb-Slawen.

Seither herrscht bis auf weiteres Bauruhe auf der BUND-Burg – Archäologen aus Berlin sichern die historischen Funde, zu denen sakrale Baureste aus dem 14. Jahrhundert und Gegenstände aus dem 10. und 11. Jahrhun-

dert zählen. Möglicherweise gelangen sogar noch ältere Funde ans Tageslicht. Für BUND-Landesgeschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler bedeutet der Baustopp ein Wechselbad der Gefühle. „Die Entdeckung ist sensationell und möglicherweise von internationaler Bedeutung. Was sie aber für unsere Bau- und Finanzierungspläne bedeutet, können wir noch nicht abschätzen“, sagte Bodenstein-Dresler in Lenzen. Wie es auf der Burg weitergeht, darüber berichten wir ausführlich in unserer nächsten Ausgabe.

lit



Foto: Tim Schwarzenberger

Bei Probeschürfungen wurden in vier Meter Tiefe Eichenbohlen und Flechtwerkzäune freigelegt. Sie bilden die Reste eines slawischen Burgwalls aus dem 10. Jahrhundert.

Ja nun los! –

Aktivitäten des Jugendumweltnetzwerkes

■ Wenn viele kleine Leuten an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, dann kommt irgendwann eine Vielzahl an JANUN-Veranstaltungen dabei raus. JANUN – das Jugendumweltnetzwerk – ist ein Zusammenschluss von Jugendumweltorganisationen, dem sowohl die BUNDjugend, wie auch die Naturschutzjugend, der deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung und viele andere Initiativen und Aktive in Niedersachsen angehören.

Für diesen Sommer sind einige Freizeiten, Camps und Veranstaltungen geplant. Viele Aktionen stehen dabei ganz im Zeichen des Klimaschutzes. So abstrakt das Thema zu sein scheint, die Aktualität (Zunahme von Unwetterkatastrophen weltweit, Temperaturerhöhung etc.) haben viele junge Menschen glasklar vor Augen. Dementsprechend sehen unsere laufenden Projekte aus:

- Fahrt nach Bonn. Wir sind im Juli zum Klimagipfel nach Bonn gefahren und haben die PolitikerInnen nachhaltig an die Notwendigkeit eines wirksamen Klimaschutzes erinnert, der erwiesenermaßen weit über die Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls hinaus gehen sollte.

- Die Multivisionsshow zum Thema Klima und Energie (ein Projekt der BUNDjugend) tourt in Niedersachsen durch Schulen und Kommunen. Auch da sind wir flankierend dabei. Darüber hinaus wird die Show auf unserem Jugendumweltfestival zu Gast sein. Das Festival wird dieses Jahr vom 2.-7. Oktober (erste Woche der Herbstferien) in der Ökostation Deister-Vorland in Groß-Goltern bei Hannover stattfinden.

- Eine Delegationsfahrt in tropische Gefilde plant das Jugendumweltbüro Hannover: Schon seit Längerem bestehen Kontakte zu einer Jugendorganisation auf Biak, einer Insel bei West-Papua/Indonesien. Nun soll es dort einen ersten Besuch geben, zum Kontakte knüpfen, Kultur und Leute kennenlernen und gemeinsamen Pläne schmieden.

- A propos JANUN-weltweit: Zusammen mit dem Klimabündnis Niedersächsischer Schulen KlinSch wird es im August/September eine Tour durch Schulen in Niedersachsen geben, bei der ReferentInnen aus Lateinamerika, Asien und Afrika über die Produktionsbedingungen von Waren, die wir hierzulande konsumieren, berichten. Sie erzählen auch vom Fairen Handel und versuchen damit, dieser alternativen Art des Wirtschaftens jenseits vom globalisierten Weltmarkt zu einer größeren Bekanntheit zu verhelfen.

- Und zu guter Letzt: Ende August wird es wieder unser aktuelles Veranstaltungsprogramm geben, das gratis und unverbindlich geschickt wird. Anruf oder mail genügt!

Kontakt zu allen Veranstaltungen:

Jugendumweltnetzwerk JANUN
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel. 0511/39 40 415
fax 0511/39 45 459
janun@janun.de
www.janun.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

BUND Landesverband Niedersachsen,
Landesgeschäftsstelle
Goebenstr. 3a

30161 Hannover

Tel.: 0511/965 69-0

Fax: 0511/965 69-27

email: bund-magazin.nds@bund.net

http://BUND-Niedersachsen.de

Spendenkonto:

Nord/LB Hannover,

BLZ 250 500 00,

Konto 101 030 047

Redaktion: Sabine Littkemann (lit)

email: sabine.littkemann@bund.net

Satz und Layout: Markus Leder

Das nächste BUNDmagazin Niedersachsen
erscheint am 15. November 2001



FREUNDE DER ERDE

Termine

23. Oktober, 18.00 Uhr

**Regionaltreffen der
BUND-Kreisgruppen Weser-Ems**

Schwerpunktthema: Regionalisierung
Ort Umwelthaus e.V., Peterstr. 3
26121 Oldenburg

Weitere Informationen bei

Dr. Marita Wudtke

BUND Landesgeschäftsstelle

Tel. 0511/9 65 69-18

e-mail: Marita.Wudtke@bund.net